

Schmahl, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version
Konjunkturwinter

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmahl, Hans-Jürgen (1992) : Konjunkturwinter, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 72, Iss. 11, pp. 550-551

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136937>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Konjunkturwinter



Hans-Jürgen Schmahl

Die Konjunktur in Westdeutschland ist seit dem Frühjahr dieses Jahres abwärtsgerichtet, nachdem sie vorher schon mehr oder weniger stagniert hatte. Ausgeprägt ist der Rückgang von Nachfrage, Produktion und Beschäftigung in der Industrie, dem konjunktur-reagibelsten Teil der Wirtschaft. Relativ günstig war bisher dagegen noch die Entwicklung in der Bauwirtschaft, vor allem aber in den meisten Dienstleistungsbereichen, die erfahrungsgemäß gegen konjunkturelle Schwankungen erheblich resistenter sind als das produzierende Gewerbe. Erlahmt sind die Kräfte auf breiter Front. Die Auslandsnachfrage schrumpft wegen der enttäuschenden Entwicklung der Weltkonjunktur bei gleichzeitiger Aufwertung der D-Mark, die Investitionsneigung sinkt im Zangengriff von steigenden Kosten und schwacher Nachfrage, und auch die Konsumneigung scheint beeinträchtigt zu sein – kein Wunder angesichts der Fülle verunsichernder Signale.

Geht es erst einmal abwärts, droht immer die Gefahr der Selbstverstärkung. Die Stimmung ist sehr pessimistisch geworden, das zeigt zuletzt die Umfrage des DIHT. In einer solchen Situation wächst bei vielen Investoren und Konsumenten die Neigung zum Aufschieben von Vorhaben; die unmittelbare Wirkung eines Aufschiebens aber ist Ausfall. Nicht vergessen werden sollte die Rolle der wenig transparenten, weil statistisch kaum erfaßten Bewegungen der Lagerhaltung. Sie können auch im Zeitalter des just-in-time noch erhebliche kurzfristige Einflüsse auf die Produktion haben; gegenwärtig wirken sie sicherlich kontraktiv. Freilich muß es nicht zu einer konjunkturellen „Spirale nach unten“ kommen, denn immerhin gibt es auch einige Lichtblicke, so die ersten Zinssenkungen und die nun wieder etwas günstigeren Daten aus den USA. Die großen Wirtschaftsforschungsinstitute haben es in ihrem jüngsten Gemeinschaftsgutachten für wahrscheinlicher gehalten, daß der Rückgang weiterhin relativ milde sein und auf das kommende Winterhalbjahr beschränkt bleiben wird; im Laufe des nächsten Jahres werde ein neuer Anstieg beginnen.

Eine solche Prognose enthält die Einschätzung, daß es sich bei der gegenwärtigen Entwicklung um eine in erster Linie konjunkturelle und nicht um eine grundlegende Schwäche handelt. Das steht scheinbar im Widerspruch zu Verlautbarungen großer Firmen, die auf „strukturelle“ Schwierigkeiten von erheblichem Gewicht schließen lassen. Als beispielhaft wird in diesem Zusammenhang oft die Ankündigung der Automobilindustrie angesehen, sie werde im Laufe der nächsten Jahre eine große Zahl von Arbeitsplätzen einsparen müssen, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Eine Gefährdung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sehen auch andere Wirtschaftszweige, und Zweifel beziehen sich sogar auf den Wirtschaftsstandort Deutschland schlechthin.

Doch bei alledem muß berücksichtigt werden, daß in Zeiten konjunktureller Flaute Probleme als drückend empfunden werden, die bei guter Konjunktur einen erheblich geringeren Stellenwert haben; das war schon immer so. Gerade die Automobilindustrie ist auch dafür ein gutes Beispiel. Bisher ist sie noch aus jedem Konjunkturtal zu neuen Höhen ge-

langt. Aber natürlich kann man nie sicher sein, daß mit dem nächsten Aufschwung die Probleme wieder mehr oder weniger verschwinden. Jedes Konjunkturtief muß vielmehr Anlaß zu neuen Anstrengungen sein, um – möglicherweise auch „strukturelle“ – Mängel zu beseitigen; das gilt auch diesmal, und vielleicht noch mehr als sonst. Aber der Schluß, das gegenwärtige Konjunkturtief sei wegen des Gewichts bleibender Belastungen nicht so bald zu überwinden, wäre gewiß falsch.

Die Konjunkturflaute ist angesichts der Schwierigkeiten in Ostdeutschland besonders unwillkommen. Beschäftigungschancen für ostdeutsche Pendler und Lieferchancen für ostdeutsche Betriebe sinken, und manche Investition westdeutscher Firmen in Ostdeutschland unterbleibt – zumindest temporär. Zugleich erschweren die konjunkturbedingten Steuerausfälle die Finanzierung der für Ostdeutschland notwendigen Transfers. Was kann man tun, um eine Wende herbeizuführen? Welche Möglichkeiten für Konjunkturpolitik gibt es überhaupt unter den heutigen Umständen? Es ist bezeichnend, daß offenbar von keiner Seite für Westdeutschland Forderungen nach zusätzlichen Staatsausgaben oder befristeten Investitionszulagen gestellt werden, was früher ganz selbstverständlich gewesen wäre. Die Staatsfinanzen erlauben das einfach nicht. Doch eines wird notwendig sein: das Wirken der „eingebauten Stabilisatoren“ muß zugelassen, d. h. konjunkturbedingte Mindereinnahmen und Mehrausgaben und damit auch vorübergehend noch höhere Defizite müssen hingenommen werden, denn andernfalls würde die Konjunktur noch schwächer werden. Selbst dabei zögert man; wer mag schon Politiker auffordern, das Staatsdefizit auch nur vorübergehend noch weiter zu erhöhen? Im nächsten Aufschwung wird um so härter gespart werden müssen.

Fällt die Finanzpolitik als konjunkturpolitischer Akteur weitgehend aus, ist es um so näherliegend, Hoffnungen auf die Geldpolitik zu setzen. Der erste Schritt zur Zinssenkung ist von der Bundesbank allein aus außenwirtschaftlichen Gründen – um nicht zu sagen: Zwängen – getan worden. Gleichwohl hat sie es nicht bei der eher symbolischen Senkung der Leitzinsen belassen, sondern sie hat mit Hilfe ihrer Offenmarktpolitik eine deutliche Ermäßigung der Geldmarktzinsen bewirkt; dem sind die Kapitalmarktzinsen gefolgt. Doch zu weiteren Schritten scheint sie kurzfristig nicht bereit. Das ist durchaus verständlich, da die Geldpolitik ja nicht restriktiv angelegt ist. Davon kann bei der starken Geldmengenexpansion auch unter Berücksichtigung der akuten Überzeichnung in der M3-Abgrenzung keine Rede sein. Richtig ist vielmehr, daß sie infolge des hauptsächlich von der Lohnpolitik verursachten Kostenauftriebs restriktiv *wirkt*; das aber ist die Ratio einer an mittelfristigen Zielvorstellungen ausgerichteten Geldmengensteuerung. Die gegenwärtige Konjunkturschwäche ist, wie manche ihrer Vorläufer, nicht zuletzt eine Stabilisierungs-„Krise“. Die Kapitalmarktzinsen werden wegen der Konjunkturabkühlung weiter sinken, wenn auch nicht im bisherigen Tempo. Die Bundesbank wird den Zinssenkungsprozeß mit ihrer Politik unterstützen, und sie wird das um so mehr tun, je ermutigender die Signale von der Lohn- und Finanzpolitik sein werden. In dieser Hinsicht könnte ein recht verstandener Solidar-pakt viel bewirken.

Die akuten Probleme der westdeutschen Wirtschaft sind größtenteils wohlbekannter Natur. Jetzt ist es als erstes notwendig, der Verunsicherung von Investoren und Konsumenten entgegenzuwirken. Dazu gehört einmal die Beendigung der oft konfus wirkenden finanzpolitischen Diskussion durch Entscheidungen, die nicht schon nach kurzer Zeit wieder überholt sind. Ob dies für die jüngsten Beschlüsse der Bundesregierung gilt, ist allerdings fraglich. Erforderlich sind zum anderen überzeugende Signale der Mäßigung seitens der Tarifparteien. Bei Erfüllung dieser Voraussetzungen werden die Zinsen im Laufe des kommenden Jahres deutlich sinken. Bestätigen sich außerdem die Erwartungen auf eine allmähliche Belebung der Weltkonjunktur, wozu in Europa die deutsche Zinssenkung beitragen wird, ist eine konjunkturelle Tendenzwende im späteren Verlauf des Jahres 1993 wahrscheinlich. Davor aber liegt ein Konjunkturwinter mit sicherlich sehr niedrigen Temperaturen; es ist möglich, daß aus der verhaltenen Abwärtsentwicklung doch noch eine Rezession wird. Dann wären die Prognosen für das nächste Jahre nochmals nach unten zu revidieren.